

**Bewerbungsbogen zum Teilnahmeantrag
Vergabe der Planungsleistungen
BBD Projekt „Oberrhein zwischen Rastatt und Dettenheim“**

Projekt:	BBD Oberrhein - Vergabe der Planungsleistungen
Leistungen:	HOAI-Leistungsphasen 1 – 9 sowie weitere besondere Leistungen, Naturschutzfachliche Nachweise/Kartierungen und naturschutzfachliche Fachbeiträge
Bekanntmachung vom:	04.06.2025
Vergabenummernummer:	2025/3523110600-SJ
Auftraggeber:	NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. Institut für Fluss- und Auenökologie, Außenstelle Rhein Griesbachstr. 5 76185 Karlsruhe
Abgabetermin:	07.07.2025, 14:00 Uhr
Abgabeort:	NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. Institut für Fluss- und Auenökologie, Außenstelle Rhein Griesbachstr. 5 76185 Karlsruhe

Antrag auf Teilnahme am VgV-Vergabeverfahren

Die zutreffenden Felder bzw. Spalten sind auszufüllen oder anzukreuzen. Es werden nur die im Bewerbungsbogen geforderten Angaben gewertet. Nähere Hinweise zur Bewertung können der Bewertungsmatrix Teilnahmewettbewerb „Vergabe der Planungsleistungen **BBD Oberrhein**“ entnommen werden. Eventuelle Erläuterungen im Anschreiben des Bewerbers oder weitere und zusätzliche Publikationen (Imagebroschüren, etc.) werden nicht berücksichtigt.

Bewerbergemeinschaften geben den Teilnahmeantrag für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft in gesonderten Anträgen ab.

I. Allgemeine Informationen zum Teilnahmewettbewerb

A. Vorhaben

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) e. V. ist Träger des Blaues-Band-Deutschland-Projekts „Oberrhein zwischen Rastatt und Dettenheim“, im Folgenden: BBD-Oberrhein, dass er in Kooperation mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Oberrhein (WSA ORh) und dem Land Baden-Württemberg umsetzt. Das Projekt wird auf Basis des Bundesförderprogramms Auen des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz, nukleare Sicherheit (BMUKN) gefördert. Die Förderung erfolgt durch das Bundesamt für Naturschutz sowie durch das Land Baden-Württemberg in Form von unbarer Flächeneinbringung.

Die Planung gemäß der Grundleistungen der HOAI dient der Genehmigung und Vergabe der vorgeschlagenen Maßnahmen.

B. Leistungen

Gegenstand des Vergabeverfahrens sind die Ingenieurleistungen zur Planung (§ 43 HOAI und § 51 HOAI jeweils LP1-9) von Maßnahmen innerhalb der Maßnahmenräume Plittersdorfer Altrhein, Bremengrund und Dettenheimer Rheinaue sowie besonderer Leistungen in der LP 1-4 (Kampfmittelvorerkundung, Vermessungsleistungen, Bodenuntersuchung inkl. Bodenanalytik, Konzept zum Boden- und Entsorgungsmanagement), naturschutzfachlicher Nachweise (Kartierungen), naturschutzfachlicher Fachbeiträge (Artenschutz, UVP-Vorprüfung, FFH-/SPA-Vorprüfung mit WRRL-Bewertung, Landschaftspflegerischer Begleitplan), sowie besonderer Leistungen in der LP 1-5 (Kampfmittelsondierungen, Baugrunduntersuchungen, ggfls. besondere Leistung für Tragwerksplanung inkl. Einmessung der Bauwerke, Bauüberwachung, ökologische und bodenkundliche Baubegleitung, ggfls. zusätzliche Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen; Vermessungsleistungen zur Zustandserfassung im Rahmen der Evaluierung

C. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Zur Bewerbung zugelassen sind:

Natürliche Personen, die am Tage der Bekanntmachung

- zur Führung der Berufsbezeichnung (Ingenieur) berechtigt sind und Mitglied einer Architekten-/Ingenieurkammer in Deutschland sind und bauvorlageberechtigt sind; oder,
- zur Führung der Berufsbezeichnung nach dem Recht des jeweiligen Heimatstaates berechtigt sind und in einem der vorgenannten ausländischen Gebietsbereiche ansässig sind; ist die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, bestimmen sich die fachlichen Anforderungen nach der einschlägigen EU-Richtlinie.

Juristische Personen, die am Tage der Bekanntmachung:

- ihren Geschäftssitz im oben genannten Gebiet haben und,
- zu deren satzungsgemäßigem Geschäftszweck der ausgeschriebenen Aufgabe entsprechende Planungsleistungen gehören und,

- deren bevollmächtigte Vertreter (verantwortlicher Berufsangehöriger) die fachlichen Anforderungen erfüllen, die an natürliche Personen gestellt sind.

Wer am Tage der Auslobung bei einem Teilnehmer angestellt ist oder in anderer Form als Mitarbeiter an dessen Wettbewerbsarbeit teilnimmt, ist von der eigenen Teilnahme ausgeschlossen.

D. Zusätzliche Angaben

Der Auftrag kann an Einzelbewerber oder an Bewerbergemeinschaften vergeben werden. Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung über die Bildung einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen (Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall nach §§ 705 ff. BGB).

Alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haben zwingend mit Abgabe des Teilnahmeantrages zu erklären, dass die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften. Weiterhin ist eine Erklärung über den bevollmächtigten Vertreter sowie über die Zuständigkeit der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft mit Abgabe der Bewerbung vorzulegen. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren.

Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Die Bildung von Bewerbergemeinschaften ist nur bis zum Bewerbungsschluss für die Teilnahmeanträge zulässig.

Die Entscheidung über die Auswahl der Bewerber, die aufgefordert werden, am Wettbewerb weiter teilzunehmen, erfolgt zweistufig.

- Zunächst wird geprüft, ob die unter Punkt B, C und D dieses Bewerberbogens geforderten Eignungsnachweise vollständig vorliegen. Das Fehlen eines geforderten Nachweises kann zum Ausschluss führen.
- Im Rahmen der zweiten Stufe wird die grundsätzliche Eignung des Bewerbers anhand der geforderten Nachweise inhaltlich überprüft.

Für die Bewerbungen sind die Unterlagen in der Ausschreibung zu verwenden.

Die Bewerbungen sind mit der Kennung „Vergabe der Planungsleistungen – BBD Oberrhein“ zu versehen und sind nicht anonym einzureichen. Bewerbungen ausschließlich per Fax oder E-Mail sind nicht zulässig.

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt. Ein Anspruch auf Kostenerstattung für die Bewerbung besteht nicht.

Die Vergabe der Leistungen erfolgt im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmeantrag nach der VgV.

Die Möglichkeit der Eignungsleihe gilt auch bei Bewerbergemeinschaften und bezüglich von Nachunternehmern entsprechen der Vorschriften des § 47 VgV.

Die Eignungsnachweise können in Form von Eigenerklärungen (beigefügtes Formblatt, Präqualifikationsverzeichnis, Vorlage von Einzelnachweisen in Form von Eigenerklärungen) erbracht werden. Der Auftraggeber akzeptiert die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist, kann der Auftraggeber die Bewerber, die eine Eigenerklärung abgegeben haben, jederzeit während des Verfahrens auffordern, sämtliche oder einen Teil der Nachweise beizubringen.

Der Auftraggeber fordert in jedem Fall vor Zuschlagserteilung den Bieter, an den der Auftrag erteilt werden soll und der bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt hat, auf, die

einschlägigen Nachweise unverzüglich beizubringen.

E. Angaben zum Bewerber

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Bürobezeichnung	
Anschrift / Sitz	
Darstellung der wirtschaftlichen Verknüpfung mit anderen Unternehmen	
Kontaktperson	
Telefon	
Fax	
E-Mail	
Homepage	
Rechtsform; bitte HRG-Auszug beilegen	
Jahr der Bürogründung	
Tätigkeitsschwerpunkt des Unternehmens	
Nachweis der Teilnahmeberechtigung (Berufszulassung)	
Wirtschaftliche Verknüpfungen mit Dritten? (Gesellschaftsrechtliche Verbindungen)	
Gesellschafter / Inhaber	Anteile [%]

II. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Anlagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

A. Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 und Abs. 4, §124 Abs. 1 GWB

§ 123 GWB	Eine Rechtskräftige Verurteilung wegen:	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	§ 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 2	§ 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 3	§ 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 4	§ 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 5	§ 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 6.	§ 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 7	§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 8	den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 9	Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 10.	den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 124 GWB	Von der Teilnahme am Verfahren können Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden,	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 2	das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 3	das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 4	der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 5	ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 6	eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 7	das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abs. 1 Nr. 8	das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 9	das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Grundsätze	Ja	Nein

B. Erklärung über die ordnungsgemäße Gewerbeanmeldung und Eintragung im Handelsregister

Ich/wir erklären, dass mein/unser Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt worden und dass es im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

Registergericht	Registernummer

Ein aktueller Handelsregisterauszug muss beigelegt werden.

III. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

A. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV

Hinweis: Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 1,5 Mio. € für Personenschäden und 1,5 Mio. € für sonstige Schäden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der o.g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Der Nachweis bzw. die Erklärung darf nicht älter als 12 Monate sein und muss der Bewerbung beigelegt werden. Bewerbergemeinschaften müssen einen entsprechenden Nachweis bzw. eine Erklärung für die Bewerbergemeinschaft oder für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorlegen. Eine projektbezogene Aufstockung der bestehenden Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall wird akzeptiert, ist jedoch mittels schriftlicher Versicherungsbestätigung mit den Bewerbungsunterlagen vorzulegen.

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Versicherer	
Deckungssummen Personenschäden	
Deckungssummen sonstige Schäden	
Der Nachweis, dass die Deckung der Berufshaftpflichtversicherung entsprechend den Vorgaben der Vergabebekanntmachung vorhanden ist	
Schriftliche Erklärung des Versicherers, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine Versicherung entsprechend der Bekanntmachung mit mir/uns abzuschließen	

IV. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

A Benennung der Projektleitung für das Projekt mit Qualifikation sowie Erfahrungen des Projektleiters in vergleichbaren Projekten (Nachweis über Eintrag ins Berufsregister oder Studiennachweis oder mindestens zehn Jahre Berufserfahrung als Projektleiter im Bereich der Erbringung von Ingenieurleistungen, Begleitung von Genehmigungsverfahren)

Hinweis: die Gewichtung und erreichbare Punktzahlen sind der Bewertungsmatrix zu entnehmen.

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Name der verantwortlichen Projektleitung für die Planung und Durchführung des Projekts	
Nachweis der Qualifikation/Erfahrung sowie persönliche Referenzen der verantwortlichen Projektleitung; die Referenzprojekte sind als Anlage beizufügen	
Nachweis der beruflichen Befähigung als Anlage	

Betreffen die Referenzen nicht die Erfahrungen in der Erstellung von HOAI-Leistungen sowie Begleitungen von Genehmigungsverfahren, ist die Referenz nicht vergleichbar und wird vom Auftraggeber nicht gewertet.

B Benennung der Schlüsselperson des Projektteams für das Projekt mit Qualifikation sowie Erfahrungen des Projektteams in vergleichbaren Projekten (Nachweis über Eintrag ins Berufsregister oder Studiennachweis oder mindestens fünf Jahre Berufserfahrung im Bereich der Erbringung von Ingenieurleistungen, Begleitung von Genehmigungsverfahren)

Hinweis: die Gewichtung und erreichbare Punktzahlen sind der Bewertungsmatrix zu entnehmen.

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Name der verantwortlichen Schlüsselperson des Projektteams für die Planung und Durchführung des Projekts)	

Nachweis der Qualifikation/Erfahrung sowie persönliche Referenzen der verantwortlichen Schlüsselperson des Projektteams; die Referenzprojekte sind als Anlage beizufügen	
Nachweis der beruflichen Befähigung als Anlage	

Betreffen die Referenzen nicht die Erfahrungen in der Erstellung von HOAI-Leistungen sowie Begleitungen von Genehmigungsverfahren, ist die Referenz nicht vergleichbar und wird vom Auftraggeber nicht gewertet.

E. Erklärung zur Richtigkeit der Angaben

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Ich/Wir erklären mich/uns damit einverstanden, dass durch die Auftraggeberin zur Überprüfung der Angaben unter Wahrung der Vertraulichkeit gegebenenfalls ergänzende Unterlagen angefordert werden können.

Des Weiteren bestätige/n ich/wir mit meiner/unserer Unterschrift, dass ich/wir die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb einer vollständigen Überprüfung unterzogen habe/n und das Vorhaben sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für den Teilnahmeantrag erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann/können.

Ich/Wir erkläre/n mich/uns mit den aufgestellten Verfahrensregeln ausdrücklich einverstanden.

Ort, Datum, Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

.....

F. Anlagenverzeichnis

Nummerierung, Anzahl der Blätter und Bezeichnung der Anlage (Inhalt) bitte einfügen; Die Anlagen sind den Unterlagen – wenn möglich – bitte mit Trennblättern beizulegen

Nr.	Bezeichnung der Anlage	Nr.	Bezeichnung der Anlage
1)		11)	
2)		12)	
3c)		13)	
4)		14)	
5)		15)	
6)		16)	
7)		17)	
8)		18)	
9)		19)	
10)		20)	

Anlage 1

Bietergemeinschaftserklärung

(Nur von Bietergemeinschaften auszufüllen.)

Die Erklärung ist zwingend von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft im **Original** zu unterschreiben und einzureichen.

Für den Fall, dass der Zuschlag in dem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb „BBD Projekt Oberrhein zwischen Rastatt und Dettenheim“ an unsere Bietergemeinschaft erteilt wird, erklären wir,

- dass wir uns zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen und für die Erfüllung sämtlicher vertraglicher und außervertraglicher Verpflichtungen als Gesamtschuldner haften. (Rechtsform: Gesellschaft bürgerlichen Rechts gemäß § 705 ff BGB)
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder der Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt.

Bevollmächtigter Vertreter unserer Bietergemeinschaft ist:

Name, Büro: _____

Unterschriften **aller** Mitglieder der Bietergemeinschaft:

Ort, Datum

Stempel,
verbindliche Unterschrift
Name des Unterzeichnenden eintragen
(bevollmächtigter Vertreter des Büros)

Ort, Datum

Stempel,
verbindliche Unterschrift
Name des Unterzeichnenden eintragen
(bevollmächtigter Vertreter des Büros)

Ort, Datum

Stempel,
verbindliche Unterschrift
Name des Unterzeichnenden eintragen
(bevollmächtigter Vertreter des Büros)

Anlage 2

Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers

(Nur vom Nachunternehmer auszufüllen.)

Die Erklärung ist zwingend von jedem Nachunternehmer einzeln im **Original** zu unterschreiben und ein- zureichen.

Für den Fall, dass der Zuschlag in dem Verhandlungsverfahren „BBD Projekt Oberrhein zwischen Rastatt und Dettenheim“ an den Bewerber / an die Bietergemeinschaft erteilt wird, verpflichten wir uns diesem Bewerber / dieser Bietergemeinschaft gegenüber, die in unserem Teilnahmeantrag aufgeführten Leistungen zu erbringen.

Ort, Datum

Stempel,
verbindliche Unterschrift
Name des Unterzeichnenden eintragen
(bevollmächtigter Vertreter des Büros)